



## **Stellungnahme zur Bewerbung für Olympia 2018**

**Die Jugendorganisation Bund Naturschutz ( JBN) lehnt die Bewerbung für olympische Winterspiele 2018 in „München+2“ mit Garmisch-Partenkirchen und Schönau aus ökologischen und Nachhaltigkeits-Gründen ab.**

**Die JBN vermisst weiterhin von der Bewerbergesellschaft ein nachhaltiges Umweltkonzept unter fairer Beteiligung der Umweltverbände und eine generationengerechte Ausrichtung für die Winter-Olympiade 2018!**

**Wir begrüßen daher den Rückzug des BN aus der Fachkommission Umwelt der Bewerbungsgesellschaft. Ein „ökologisches Feigenblatt“ für eine Zerstörung der Natur und Umwelt im Alpenraum kann es nicht geben.**

Die Stadt München bewirbt sich, zusammen mit Schönau am Königssee und Garmisch Partenkirchen, für die olympischen Winterspiele im Jahr 2018. Die Spiele sollen unter dem Motto der Nachhaltigkeit und Klimaneutralität stehen. Doch die bisherigen Planungen für die „ökologischsten“ Winterspiele sind weder als nachhaltig, noch als klimafreundlich oder sozial verträglich zu bezeichnen. Bisher kann nicht einmal ein Rohgerüst eines umfassenden Konzeptes für die Bereiche Ökologie, Klimaneutralität sowie Natur- und Umweltschutz vorgelegt werden. Auf der anderen Seite gibt es bereits eine mit technischen Details ausgefeilte Machbarkeitsstudie für die Spiele.

### **Ökologische Bedenken:**

Angesichts des Klimawandels überrascht der Glaube, dass 2018 Winterspiele in Höhenlagen von 700 m bis 1650 m an der Kandahar, am Gudiberg und in Kaltenbrunn sowie am Barmsee überhaupt noch möglich – und dazu auch noch „klimaneutral“ - sein könnten. Denn der Alpenraum ist vom Klimawandel besonders stark betroffen: Der Temperaturanstieg ist hier doppelt so hoch wie im globalen Durchschnitt. In Garmisch - Partenkirchen ist es seit 1972 bereits um ca. 1,6 °C wärmer geworden. Von Schneesicherheit kann schon jetzt keine Rede sein. Eine OECD Studie aus dem Jahr 2006 belegt, dass aufgrund des fortschreitenden Klimawandels langfristig kein Skitourismus in Höhenlagen unter 1700 Metern mehr als sinnvoll erscheint. Denn Schneesicherheit kommt aus der Maschine. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Pisten künstlich beschneit werden müssen. Beschneiungsanlagen verschlingen riesige Mengen an Wasser und Strom. Der durchschnittliche Energieverbrauch für eine Beschneiungsfläche von 1 ha beträgt 13 000 kWh. Der Energieverbrauch im gesamten Classic - Skigebiet beträgt dann im Mittel pro Saison etwa 900 000 kWh: mehr als das 3-fache der gesamten solaren Stromerzeugung von Garmisch-Partenkirchen im Jahr 2006.

Woher das Wasser für die künstliche Beschneigung kommen soll, ist fraglich. Bereits heute reicht das Wasser der Garmisch-Partenkirchener Trinkwasserquellen und des Hammersbaches für die Beschneigung nicht mehr aus. Deshalb hat man zwei große Speicherseen mit zusammen ca. 110.000 m<sup>3</sup> Fassungsvermögen gebaut, die das Wasser für die Beschneigung liefern sollen. Das Wasser für die Füllung der Speicherseen wird aus dem Tal herauf gepumpt. Die Anlage dieser Speicherseen und die Verbringung des Aushubs haben wertvolle Flächen am Berg zerstört, von den immensen Kosten und dem Energieeinsatz ganz abgesehen. Der Wasserbedarf für die Beschneigungssysteme konkurriert schon heute mit dem Trink- und Brauchwasserbedarf der Einwohner und Besucher.

Bei besonders warmem Wetter reicht die „heimische“ Schneeproduktion nicht aus. So wurde in Garmisch-Partenkirchen schon fehlender (Kunst-)Schnee auf LKWs aus dem Wipptal am Brenner importiert und mit Hubschraubern im Pisten- und Zielbereich verteilt. Aus diesem Grund wird es nicht ausgeschlossen, das Gebiet auf den Zugspitzgletscher auszuweiten, was einen Eingriff in sensible Hochlagen bedeutet. Doch im Jahr 2018 wird das Gletscherskigebiet sogar in dieser Höhe weder eis- noch schneesicher sein. Nach Prognosen der Kommission für Glaziologie der Bayerischen Akademie der Wissenschaften wird (auch) der nördliche Schneeferner bei anhaltendem Gletscherschwund in spätestens 15 Jahren völlig verschwunden sein.

Eine realistische Planung muss jetzt damit rechnen, dass olympische Winterspiele, die mit Schneekanonen gegen den Klimawandel erzwungen werden, in neun Jahren zum Ausdruck der Verantwortungslosigkeit, ja der „Selbsterstörung“ menschlichen Handelns werden.

### **Naturzerstörung:**

Mehr als die Hälfte der Landschaften und Naturräume des Landkreises Garmisch-Partenkirchen sind ökologisch besonders empfindlich und bedroht. Sie wurden deshalb unter Landschafts- oder Naturschutz gestellt. Es ist zu erwarten, dass sich die Baustellen und Anlagen auch in bisher naturnahe Bereiche und geschützte Biotope ausdehnen werden. Bergwald ist für die Besiedelung des bayerischen Alpenraumes elementar als Bodenschutz und Wasserspeicher an den Hängen. Ohne Bergwald erhöht sich die Gefahr von Hangrutschungen, Bodenabtrag, Lawinen und auch von Hochwasser.

Die immensen Dimensionen einer einzigen Weltmeisterschaft im Skisport zeigen sich in der Vorbereitung für die Ski-WM 2011 in Garmisch-Partenkirchen. Der Pistenausbau hat nichts mehr mit den ursprünglichen Planungen und der Bewerbung zu tun. Auch die Ausbauvarianten, die ursprünglich mit dem Bund Naturschutz ausgehandelt wurden, wurden nicht realisiert. Nach dem Zuschlag durch die FIS kehrten die lokalen Planer fast vollständig zu ihren Maximalvorstellungen vom Beginn der Planungen zurück und setzten sie durch.

Zu den eigentlichen Sportanlagen kommen noch Straßen, riesige Parkplätze, Beleuchtungsanlagen auch für die Wettkampfbereiche, Standorte und

Tribünen für Presse und Besucher, Sicherheitseinrichtungen, olympisches Dorf und „temporäres Mediendorf“ und alle Ver- und Entsorgungs- sowie technische Infrastruktur dazu. Ohne hohen Energie-, Wasser- und Landschaftsverbrauch ist das nicht möglich.

In diesem Zusammenhang ist nicht nachzuvollziehen ist, dass die Veranstalter die bereits in Oberbayern (Ruhpoldings Biathlonanlagen) und Schwaben (Oberstdorfs weltmeisterschaftstaugliche Langlaufanlagen) vorhandenen Austragungsstätten nicht in die Bewerbung mit aufgenommen haben. Hier werden, wegen des vermeintlichen Vorteils der „kompakten Bewerbung“ ein erheblicher zusätzlicher Flächenbedarf, zusätzliche Kosten und gravierende Eingriffe in derzeit noch intakte Landschaftsräume in Kauf genommen.

### **Verkehrsprobleme ungelöst:**

Will man den jetzigen Anforderungen des Olympischen Komitees entsprechen, werden neben dem (Autobahn) - Ausbau bis Garmisch-Partenkirchen und bis Berchtesgaden sowie der Verbreiterung der Salzburger Autobahn die Südtrasse um München und 16.000 Parkplätze für außerhalb von München gelegenen Veranstaltungsorte notwendig. Diese müssten weit außerhalb von Garmisch-Partenkirchen angelegt werden, sofern die Umgebung der Sportstätten und der Ortskern tatsächlich autofrei gehalten werden soll, wie in der Machbarkeitsstudie dargestellt. Dies bedeutet jedoch, dass die Parkplätze z.B. in der Umgebung von Oberau angelegt werden müssten, wo Natur und Landschaft jedoch aus naturschutzfachlicher Sicht keinen Spielraum hierfür lassen.

### **Ökonomische Sicht: Verschuldung für was?**

Allein der Bewerbungsaufwand für die Olympischen und paralympischen Winterspiele 2018 wird auf 30 Millionen Euro geschätzt. Zehn Millionen von Seiten der Wirtschaft gelten bisher als gesichert (Stand Februar 2009), weitere Millionen sind nur mündlich zugesagt. „Notfalls müssten die Austragungsstätten und der Freistaat einspringen.

Dabei ist die Gemeinde Garmisch Partenkirchen bereits hoch verschuldet, eine weitere Verschuldung im Zusammenhang mit Investitionen von über 46 Mio. € bis zur Ski-WM 2018 ist absehbar. Schon Anfang 2008 stiegen die Schulden auf über 100 Millionen Euro - die Verschuldung nähert sich damit 4.000 €/Einwohner. Im Zeitraum von 1997-2009 hat Garmisch 82,7 Millionen Euro für Pisten, Lifte etc. ausgegeben. Für Garmisch-Partenkirchen bedeutet das bereits heute: Verkauf der Sozialwohnungen, Anstieg der Mieten und mangelhafte Investitionen in Kinderbetreuung und Jugendarbeit. **Damit gehen die Wintersportgroßveranstaltungen zu Lasten der Schwächeren, insbesondere auch der Kinder und Jugendlichen.** Die Investitionskosten für eine Schneekanone liegen zwischen 29.000 - 35.000 Euro. Das ist pro Schneekanone mehr, als der Erlös einer Sozialwohnung beim Verkauf an einen Investor im Jahr 2007 erbrachte. Derzeit werden im Classic-Skigebiet etwas mehr als 90 Kanonen eingesetzt.

Außerdem müssen die Folgekosten für die Instandhaltungen der Bauwerke in den Jahrzehnten nach 2018 berücksichtigt werden. Experten warnen zudem vor Energieknappheit und weit höheren Energiepreisen. Damit werden die wirklichen Kosten unkalkulierbar.

Der aktuelle Fall Vancouver, Austragungsort 2010 zeigt, dass das Budget der insgesamt dritten Olympischen Spiele in Kanada sich bei ca. 1,76 Milliarden Kanada-Dollar (1,12 Milliarden Euro) einpendelt. Nicht zum operativen Budget zählen die Mittel für den Bau von Sportstätten. Für die stattlichen Extra-Kosten von 580 Millionen Kanada-Dollar (370 Mio. Euro) müssen die kanadische Regierung und die Regierung der Provinz British Columbia - also die Steuerzahler- aufkommen. Der Tagesspiegel berichtet darüber unter der Schlagzeile „Olympia rechnet sich nicht mehr“.

Somit müsste die Gemeinde Garmisch eine Steigerung aller Preise und damit verbunden der Lebenshaltungskosten hinnehmen. Garmisch-Partenkirchen profitiert schon heute weit mehr vom Sommer- als vom Wintertourismus. Mehr als sechzig Prozent der Übernachtungsgäste kommen im Sommer und nur ca. 10 Prozent der Winterübernachtungsgäste wollen alpin Skilaufen. Demnach ist es für die Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen wesentlich sinnvoller, eine intakte Natur zu erhalten, als in eine zerstörte Landschaft zu investieren, die dauerhaft nur von einer kleinen Minderheit genutzt wird. Die Investitionen müssen generationengerecht verteilt sein und nicht auf den Schultern der zukünftigen Generationen ausgetragen werden. Die tatsächliche Frage der Alpen ist die Überlebensfrage für den bayerischen Alpen-Tourismus und nicht die erhöhte Aufmerksamkeit der Welt während weniger Tage.

## **Soziales**

Ein Dialog ist bisher weder mit der betroffenen Bevölkerung noch mit den Verbänden frühzeitig in ausreichendem Maß geführt worden. Die Bewerbungsentscheidung wurde ohne Einbeziehung der Umwelt- und Jugendverbände getroffen. Partizipieren können die Naturschutz- und Umweltverbände allenfalls in einer „Umwelt-Fach-Kommission“ des DOSB mitarbeiten und Detail-Vorschläge für „ökologische Umsetzungen“ erarbeiten, wobei „höhere Gremien“ letztlich über diese Vorschläge zu entscheiden haben.

Als großes Problem erweisen sich die ungleichen Machtverhältnisse zwischen lokalen Akteuren und global agierenden, vorwiegend sektoral denkenden und arbeitenden Interessengruppen. Wintersportgroßveranstaltungen, wie Olympische Winterspiele, erzeugen durch ihre Kommerzialisierung eine Vielzahl von Sachzwängen, denen die Kommunen, - besonders nach dem Zuschlag für die Veranstaltung -, hilflos ausgeliefert sind (erster Sachzwang der Olympiabewerbung: München + 2, die bereits vorhandenen Infrastrukturen in Oberstdorf und Ruhpolding wurden nicht in die Bewerbung einbezogen, Auflagen des IOC sind bisher unbekannt).

### **Forderungen der JBN:**

**Das Bewerbungskonzept für olympische Winterspiele 2018 in „München+2“ mit Garmisch-Partenkirchen und Schönau ist aus ökologischen und Nachhaltigkeits-Gründen abzulehnen.**

**Nur, wenn die vom IOC völlig kommerzialisierten Spiele ökologisch und nachhaltig sind, könnten sie, nach dem antiken Vorbild und Ziel, die Waffen niederzulegen, in Zukunft Wasser- und Klimakriege verhindern.**

### **Zur Nachhaltigkeit zählen z. B. folgende Kriterien:**

- Kein Neubau von Sportstätten, wenn sie bereits an anderen Orten vorhanden sind
- Kein Neubau von Straßen und Parkplätzen, sondern ein nachhaltiges Verkehrskonzept mit Schwerpunkt auf dem ÖPNV.
- Einhalten der Alpenkonvention, das heißt keine Rodung des Bergwaldes, kein Vordringen in Höhenlagen
- kein Einsatz von Schneekanonen
- Partizipation der Jugend- und Umweltverbände